

XXIV. GP.-NR

763 J

28. Jan. 2009

ANFRAGE

der Abgeordneten DDr. Königshofer
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Inneres
betreffend Medici-Bank

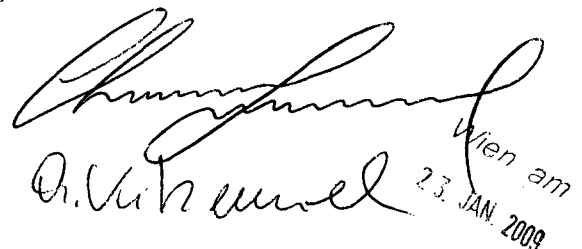
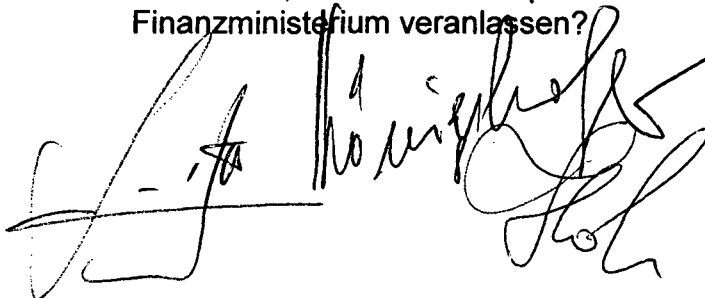
Im Zusammenhang mit der Madoff-Affäre ist auch die Wiener Medici-Bank in die Schlagzeilen geraten. Dieses Institut gehört zu 75% Frau Sonja Kohn und zu 25% der Bank Austria und soll laut einem Bericht in der "Presse" rund \$ 2,1 Milliarden Kundengelder an den "Herald-Fonds" und rund \$ 1,1 Milliarden Kundengelder an den "Thema International Fonds" von Bernard Madoff vermittelt haben. Wie die 15-Mitarbeiter Bank selbst verlauten ließ, stammten diese Gelder zu über 90% von ausländischen Anlegern. Die Finanzmarktaufsicht stellte das Institut, erst nach Bekanntwerden der ganzen Affäre, Anfang Jänner 2009 unter Staatsaufsicht.

Laut einer Meldung der "New York Times" soll Frau Sonja Kohn nunmehr untergetaucht sein und Peter Gnam liefert in der "Kronenzeitung" vom 10. Jänner 09 hierfür eine plausible Erklärung: russische Oligarchen, denen man für ihre Millioneneinlagen fantastische Gewinne versprochen hat, gelten als äußerst humorlos, wenn statt satter Gewinne ihr ganzes Geld über Nacht verschwunden ist.

In diesem Zusammenhang richten unterfertigte Abgeordnete an die Frau Bundesministerin für Inneres folgende

ANFRAGE

1. Halten Sie die persönliche Sicherheit von Frau Sonja Kohn für gefährdet?
2. Wenn ja, was gedenken Sie zu tun?
3. Halten Sie die persönliche Sicherheit des Aufsichtsratsvorsitzenden der Bank, Dkfm. Ferdinand Lacina, und jene seines Stellvertreters, Dr. Johannes Fahrleitner, für gefährdet?
4. Wenn ja, was gedenken Sie zu tun?
5. Halten Sie die persönliche Sicherheit der Vorstände des anderen Eigentümers, Bank Austria, für gefährdet?
6. Wenn ja, was gedenken Sie zu tun?
7. Liegen Ihnen Verdachtsmomente vor, dass über Veranlagungen dieses Institutes internationale Geldwäsche betrieben wurde?
8. Wenn ja, was haben Sie bisher unternommen?
9. Wenn nein, werden Sie entsprechende Prüfungen in Abstimmung mit dem Finanzministerium veranlassen?



Wien am
23. JAN. 2009